Dezernent Wagner informierte den Ausschuss eingangs darüber, dass er als Mitglied im Vorstand des Fördervereins der Alanus Hochschule e. V. bei diesem Tagesordnungspunkt befangen sei. Aus Gründen der Transparenz habe Frau Kreisdirektorin Heinze – in Vertretung des Landrates – die Vorlage unterzeichnet.

Abg. Herchenbach-Herweg sprach sich grundsätzlich für die Unterstützung einer solchen Initiative aus, um Kinder und Jugendliche mit wissenschaftlichen Vorlesungen und dem Universitätswesen frühzeitig vertraut zu machen. Sie empfand jedoch die mit 6.000 bis 8.000 Euro bezifferten Kosten als zu hoch, zumal sich diese weitgehend auf die vorbereitenden Kommunikationsmaßnahmen bezögen. Außerdem äußerte sie Bedenken, was die Anfangszeit der Vorlesungen (16 Uhr) betreffe. Je nach Berufstätigkeit der Eltern und entsprechendem Anfahrtsweg könne dies gerade für Kinder und Jugendliche von Ganztagsschulen ein Problem darstellen.

Auch Abg. Dr. Lamberty empfahl, diese Fragen zunächst beantworten zu lassen.

Abg. Bienentreu entgegnete, dass die Kinder aus den Offenen Ganztagsschulen problemlos freigestellt werden könnten. Sie befürwortete den Ansatz, mit dieser Initiative das Wissen auf einer ganz anderen Ebene zu vermitteln und so die Neugierde der Kinder und Jugendlichen zu wecken und sprach sich für die Bewilligung des Zuschusses aus.

Abg. Solf pflichtete dem bei und schlug vor, den Zuschuss vorbehaltlich der Klärung der Fragen zu gewähren, damit der Fortgang des Projektes nicht behindert würde.

Abg. Metz bemerkte, dass es an der Universität Bonn bereits eine Kinderuni gebe. Er regte an zu prüfen, ob eine Kooperation mit der Universität Bonn sinnvoll und möglich wäre, um bereits bestehende Strukturen zu nutzen und Synergien zu schaffen.

Vorsitzender Eichner schlug abschließend vor, dass die Verwaltung die noch zu klärenden Fragen an den Förderverein weitergeben und deren Beantwortung mit den kulturpolitischen Sprechern abstimmen werde.

Anmerkung der Verwaltung:
Die hinreichende Beantwortung der Fragen ist entsprechend der Vorgaben mit den kulturpolitischen Sprechern abgestimmt worden.